Manöver nicht verzichtet, und man hat wohl daran gethan. Die frische Luft, die körperliche Uebung und die Geistesbeschäftigung sind vorzügliche antiseptische Mittel gegen die Bakterien . . . ." Die Truppen haben, wie bekannt, unter epidemischen Krankheiten nicht zu leiden gehabt, dagegen von den schlechten Manöver-Einquartirungen. Man gewährte den Soldaten in den Kantonnements nur Stroh, wenn sie darin drei Tage verweilten. Da dieser Fall aus Sparsamkeitsrücksichten fast nie vorkommt, da es andererseits an armen Ortschaften nicht fehlt, so ist der Fall nicht selten gewesen, daß die Leute in zugigen Scheunen und Ställen auf bloßer Erde schlafen mußten. „Die feuchte Kälte", schreibt das obengenannte Blatt, „verursachte Erkältungen, rheumatische Schmerzen, Fieber, Koliken und Diarrhöe. Die Zahl der Nachzügler und Kranken wuchs, die Transporte nach den Spitälern nahmen zu." Und das Blatt fordert, daß man künftighin minder sparsam sei.

Der „Temps" wirft einen **Rückblick** auf die beendigten Manöver und beurtheilt die Leistungen im allgemeinen auf das günstigste, auch die der Misch-Regimenter, auf welche Freycinet stolz sei; ist er doch in der That ihr Schöpfer. Der betreffende Berichterstatter hebt hervor, daß die Reservisten, die Territorialen sich gut gehalten, gute Marschleistungen geliefert hätten, was freilich nicht von allen Sachverständigen bestätigt wird, daß dagegen die Kadres manches zu wünschen übrig gelassen hätten. Es habe den Offizieren an Entschiedenheit und Augenmaß gefehlt, und man würde besser gethan haben, statt anfangs lange Märsche zu unternehmen, kleine Uebungen (Kompagnie gegen Kompagnie u. s. w.) vorzunehmen. Die aktive Armee soll Vorzügliches geleistet haben, nur wurden bei den Angriffen der Infanterie Stellungen zu schnell genommen, die verschiedenen Gefechtsmomente wurden verwischt, — der alte Fehler, beiläufig bemerkt. Die Kavallerie soll mehr als früher den Aufgaben des Aufklärungsdienstes genügt haben; nur einmal wurde, weil letzterer nicht ausreichend geübt worden war, eine ganze Kavallerie-Brigade außer Gefecht gesetzt, die einen unmöglichen Angriff auf Infanterie versucht hatte. Derartige Angriffe fanden in diesem Jahre seltener statt. Die Artillerie war tadellos. Der Verfasser verspricht, morgen im „Temps" diejenigen Schlüsse zu ziehen, zu denen die großen Truppen-Ansammlungen berechtigen.

Aus England.

• **Berlin**, 22. September. Wie uns aus **London** berichtet wird, tragen die Aeußerungen der russischen Blätter über die Unterredungen Lord **Roseberrys** mit dem **russischen Geschäftsträger** sowie über Besprechungen Sir Rob. Moriers mit leitenden russischen Persönlichkeiten über die Pamirfrage nur dazu bei, das Mißtrauen zu erhöhen, mit welchem die Nachricht, daß die russischen Truppen sich von dem Pamirgebiete zurückgezogen hätten, aufgenommen worden ist. Die „Nowoje Wremja" plädirt dafür, daß Rußland und England in Asien gute Nachbarn bleiben sollen und daß Vereinbarungen über das Nebeneinanderbestehen der Herrschaft beider Staaten auf ihren asiatischen Gebieten getroffen werden mögen. Man erblickt hierin in vielen englischen Kreisen nur der Politik Gladstones mundgerecht gemachte Lockrufe und Versuche, das englische Kabinet über die russischen Absichten zu beruhigen. Die russische Presse stellt Rußland als einen Staat dar, dem nichts ferner liege, als eine Eroberungsabsicht in Asien. Nun weiß jedes Kind, was man von solchen russischen Versicherungen zu halten hat und man befürchtet, daß, wenn sich das englische Kabinet einlullen ließe, seine Wachsamkeit vermindern oder gar russischen Zusicherungen Vertrauen schenken würde, ihm nach den gemachten Erfahrungen sehr bittere Enttäuschungen nicht erspart bleiben würden. Man braucht sich nur an die Art und Weise zu erinnern, wie man russischerseits in Paris und Konstantinopel, in letzterer Stadt allerdings ohne Erfolg, wegen der egyptischen Frage schürt, um England aus der seinen Seeweg nach Indien schützenden Position zu verdrängen, und man wird einsehen, wie übel angebracht Vertrauensseligkeit bezüglich der Haltung Rußlands England gegenüber in Asien wäre.

D **London**, 19. September. Die Nachricht aus **Simla**, daß der **Emir von Afghanistan** sich bereit erklärt hat, den Oberbefehlshaber der indischen Armee, Lord **Roberts**, in Jelalabad zu empfangen, beseitigt die russischerseits verbreiteten Gerüchte, der Emir sei der Freundschaft Englands überdrüssig geworden und brenne darauf, sich unter den Schutz des weißen Zaren zu stellen. Die Zusammenkunft wurde bekanntlich von dem Vizekönig von Indien vor mehreren Wochen angeregt, damals jedoch hatte Abdurrahman vollauf mit aufständischen Bewegungen in seinem Reiche zu schaffen und führte diesen sehr triftigen Grund als Entschuldigung einer vorläufigen Absage an. Als nun dieser Grund durch die mittlerweile stattgefundene Unterwerfung oder Beschwichtigung der schlimmsten Ruhestörer geschwunden zu sein schien, erneuerte die indische Regierung ihr Ansuchen, was erfreulicherweise sofort in der entgegenkommendsten Weise angenommen wurde. Die Zusammenkunft, welche im Laufe des nächsten Monats stattfinden wird, muß dem Emir in doppelter Weise angenehm sein, und zwar einestheils, weil er Gelegenheit haben wird, sich des Rathes und eventuell der Hülfe der indischen Regierung zu versichern für den Fall, daß die Wißbegierde der moskowitischen „Naturforscher" wiederum die Grenze überschreiten sollte, andererseits, weil der Besuch des Lord Roberts, des Siegers von Candahar, geeignet ist, das Prestige des Emirs in seinem Reiche und darüber hinaus zu heben und zu befestigen, indem die Absendung gerade dieses hohen Würdenträgers des indischen Reiches an und für sich schon beweist, daß die Regierung, welche er vertritt, allen Ernstes entschlossen ist, ihren Verbindlichkeiten gegen den Emir im vollsten Maße nachzukommen. Die indische Regierung hat ihrerseits aber auch ein ganz besonderes Interesse, die freundschaftlichen Beziehungen zu dem Emir zu befestigen. Sie ist, wie gesagt, vertragsmäßig verpflichtet, seine Herrschaft gegen alle Feinde zu schützen — mögen dieselben nun im Lande selbst auftreten oder von auswärts einzudringen suchen. Die einzige Bedingung, welche dem Emir derzeit für diesen Schutz auferlegt wurde, ist, seine Beziehungen zu dem Auslande dem Rath, bez. der Weisung, der indischen Regierung gemäß zu bemessen.

Angesichts der Vorgänge an der turkomanischen Grenze von Afghanistan erscheint die bevorstehende Zusammenkunft in **Jelalabad** erklärlich, ja im beiderseitigen Interesse für geboten. Es sind so viele und widersprechende Lesarten von der Anwesenheit und der „Beschäftigung" der Janowschen Expedition auf dem Pamir-Plateau aus russischen Quellen erschienen, daß sich ein jeder der Interessenten, Emir, Engländer, Russen und Chinesen, je nach Neigung oder Bedarf seine eigene Auslegung zurechtschnitzen kann: es war ein „rein wissenschaftliches" Unternehmen (was die dummen Eingeborenen eben nicht zu erfassen vermochten); eine „militärische Demonstration" gegen China; eine „militärische Demonstration" gegen Afghanistan; eine einfache „Terrain-Rekognoszirung"; eine „nothwendige Erwiderung" auf die englische Okkupation des Hunza-Nagargebietes, und schließlich war nur damit bezweckt, den Afghanen mores zu lehren, damit sie in Zukunft die Khanatenstämme am nördlichen Ufer des Oxus unbehelligt lassen möchten — worauf übrigens die Fabel vom Wolf und Lamm vortrefflich paßt. Nur eins ist klar und unbestritten: die Expedition Yanow hat die Pamirs geräumt. Dies ist jedoch wahrscheinlich mehr aus Zwang der Umstände geschehen, als aus Nachgiebigkeit oder gar Einsicht eines Unrechts. Das „Dach der Welt", wie die Pamirs von den Eingeborenen genannt werden, bietet nämlich bei kalter Witterung im Winter keine Unterkunft für menschliche oder sonst lebende Wesen, ja selbst die Möglichkeit eines Aufenthaltes in der kalten Jahreszeit ist dort ausgeschlossen. Die Expedition hat sich den letzten Nachrichten zufolge bis nach Ferghana, also wirklich nach russischem Gebiet, zurückgezogen. Aber weder der Emir, noch die indische Regierung werden über diesen Rückzug das Geschehene vergessen. Die Russen haben die afghanischen Vorposten angegriffen und sich dabei Verrathes oder mindestens doch einer Verstellung ihrer Absicht schuldig gemacht. In nicht zivilisirten Ländern braucht das nicht gleich gerächt zu werden, obwohl dies über kurz oder lang meistens zu geschehen pflegt, aber die indische Regierung scheint sich des Ernstes und der möglichen Tragweite solcher Vorkommnisse vollkommen bewußt zu sein und wird ohne Zweifel dafür Sorge tragen, einer etwaigen Wiederholung in entsprechender Weise zu begegnen — wenn nämlich Gladstone nicht plötzlich einen Anfall von Russenliebe bekommen und sich einmischen sollte. Roseberry würde dann mit der besten Absicht nichts ausrichten können, denn, wie schon öfters angedeutet, regiert Gladstone absolut und läßt sich am allerwenigsten von einem jungen Politiker wie Roseberry dreinreden. — Jelalabad ist bekanntlich eine afghanische Festung und liegt ungefähr halbwegs zwischen Peshawar und Kabul. Lord Roberts wird jedenfalls der sehr nothwendigen Sitte, welche hohe Würdenträger in Asien auf der Reise zu befolgen pflegen, genügen und mit einem ebenso ansehnlichen wie wohlbewaffneten Gefolge in Jelalabad erscheinen.

Vor der Hand kann Gladstone sich nicht recht wohl in die Maßnahmen der indischen Regierung mischen, da dieselben bereits die Zustimmung des Salisbury-Kabinets erhalten haben und nur außerordentliche Umstände ein Eingreifen der neuen Regierung rechtfertigen würden. Wenn Rußland aber an die weltbekannte „Menschenliebe" Gladstones appellirt, ja dann könnte es bald in Zentral-Asien kunterbunt zugehen.

Was nur dem ehrenwerthen Berliner Vertreter des „Standard" in die Krone gefahren sein mag! Vor etwa 14 Tagen bezog er sich auf einen Artikel der „**russophilen**" „**Kreuz-Zeitung**" (!); angesichts der weltbekannten politischen Richtung der „Kreuz-Zeitung" hielt ich das sonderbare Adjektiv für den Schnitzer eines verschlafenen Telegraphenbeamten, wunderte mich aber, daß der Redakteur denselben nicht korrigirt hatte. In seiner heutigen Depesche bezeichnet der Berliner „Standard"-Korrespondent die „Kreuz-Zeitung" jedoch als „ein Organ, welches notorisch sehr freundlich zu Rußland ist", es kann also kein Zweifel mehr darüber walten, daß der bewußte Herr mit Vorbedacht und alles Ernstes die „Kreuz-Zeitung" als ein russophiles Organ hinzustellen sucht. Der „Kreuz-Zeitung" sind so manche Dinge und Undinge untergeschoben worden, aber selbst das ausgefeimteste Judenblatt würde, sogar in einem Zustand der schäumenden Wuth, wohl kaum derartiges fertig bringen, wie es der Mann des „Standard" in Berlin mit obiger Behauptung verbrochen hat. Das Komische bei der Sache ist, daß die Redaktion des „Standard" den Aeußerungen der „Kreuz-Zeitung" von jeher die größte Beachtung und, ich glaube auch, Achtung zollt und nun vermuthlich nicht recht weiß, wie sie sich jetzt die angebliche Russenliebe der „Kreuz-Zeitung" erklären soll. — Wenn der Vertreter eines der hervorragendsten und sonst anerkannt verläßlichen Organe, wie des „Standard", sich eine derartige unverantwortliche Verdrehung zu Schulden kommen läßt, dann darf man sich eben nicht wundern, daß die ganze Politik des Kontinents für das englische Publikum, wohl auch für manchen Staatsmann, noch ein Räthsel ist.

Der **Marquis von Lorne**, der Schwiegersohn der Königin, ist, wie seiner Zeit berichtet wurde, zum Gouverneur und Constable des Schlosses Windsor als Nachfolger des Prinzen Victor von Hohenlohe-Langenburg ernannt worden. Das Gehalt beträgt 1200 Lstr. das Jahr. Früher hatte der Gouverneur und Constable, wie „Atlas" in der „World" mittheilt, eine eigene Wohnung im Schlosse. Das wurde aber abgeschafft, als der Prinz-Gemahl Albert der Nachfolger des Herzogs von Sussex auf dem Posten wurde, da der Prinz natürlich keine Amtswohnung nöthig hatte. Die Königin beabsichtigt jetzt jedoch, dem Marquis von Lorne eine Reihe Gemächer in einem der Thürme des Schlosses anzuweisen.

Deutschland.

• **Berlin**, 22. September. Aus Ostafrika kommen jetzt Meldungen von der **Kilimandscharo-Expedition** und von den Vorgängen nach der Niederlage der Expedition des Frhrn. v. Bülow, welche den späteren Ereignissen ein ganz anderes Aussehen geben. Einem Privatbriefe aus Sansibar vom 2. September entnehmen wir folgendes: „Die Kilimandscharo-Expedition ist auf dem Rückwege ohne zum Schlagen gekommen zu sein. Es war alles ruhig und die Station unversehrt; die Unteroffiziere haben den Kopf verloren und so die Station verlassen. Der ganze Angriff soll nur von einer Räuberbande herrühren, die Häuptlinge aber sind nach wie vor friedlich." Die Angaben bedürfen in jedem Falle einer Bestätigung; indessen können sie sich unbedingt nur auf den zweiten Theil der Ereignisse am Anfang Juni beziehen; denn daß der Häuptling Meli mit seiner Gefolgschaft den Kampf begonnen und die deutsche Schutztruppe aus Moschi vertrieben hat, wird wohl nicht bestritten werden können. Es handelt sich also nur um das Aufgeben der Kilimandscharo-Station. Hier kommt der Bericht des Unteroffiziers Wutzer aus Kunan vom 21. Juni in Betracht; er war mit 20 Askaris zur Vertheidigung der Station zurückgeblieben. Bei ihm erschien am 11. desselben Nachts der Unteroffizier Wittstock mit 30 Askaris und meldete den unglücklichen Verlauf des Gefechts. Wutzer vertheilte nun die vorhandenen Patronen an die sämmtlichen Mannschaften. Am 13. September erschien nun ein Bote von Marealle bei Wutzer und theilte ihm mit, daß sämmtliche früher befreundeten Häuptlinge zu Meli übergetreten seien und daß Meli mit 6000 Mann die Station angreifen wolle. Am Abend des 14., so berichtet Wutzer, sahen wir auf den Höhen ringsum feindliche Wachtfeuer . . . . Ich sah nun, daß ich eingeschlossen war . . . . Wir zogen daher ab. Charakteristisch ist in dem Berichte die Stelle: Ebenso war uns am Tage der Bach oberhalb der Station gesperrt; jedoch gelang es einem Marealle-Mann, das Wasser wieder zu öffnen. Wie in diesen Dingen können sich Wutzer und seine Kameraden getäuscht haben. Es kann nicht lange dauern, bis wir darüber aufgeklärt werden. Die Unteroffiziere scheinen mit den Wachtfeuern, dem Wasserabsperren und dem angeblichen Angriff von 6000 Mann angeführt worden zu sein.

— Bei Gelegenheit eines Schülerausfluges ist ein **Unglücksfall**, der den **Tod eines Schülers** zur Folge hatte, dadurch herbeigeführt worden, daß dieser an dem in einem öffentlichen Garten aufgestellten Reck auf eigene Hand eine Uebung vornahm, wie sie nur an ganz sicheren und ordnungsmäßig angelegten Geräthen ohne Gefahr ausführbar sind. Um ähnlichen Vorkommnissen thunlichst vorzubeugen, hat der Unterrichtsminister die Schulaufsichtsbehörden veranlaßt, in geeigneter Weise dahin zu wirken, daß den Schülern, besonders bei Ausflügen, bei der Benutzung von Turngeräthen, auf deren Sicherheit nicht unbedingter Verlaß ist, die gebotene Vorsicht dringend empfohlen, die Vornahme von Uebungen aber, die nach der Beschaffenheit solcher Geräthe gefährlich werden könnten, überhaupt verboten werde.

— Die „Berl. Polit. Nachr." schreiben: In der Presse werden unter den Vorlagen, welche wahrscheinlich die nächste Landtagssession beschäftigen werden, solche über das **öffentliche Wasserrecht** und das **Komptabilitäts-(Staatshaushalts-)Gesetz** genannt. Ob die letztgedachte Vorlage in der nächsten Session eingebracht werden wird, ist aus äußeren und inneren Gründen mindestens zweifelhaft. Ganz unzweifelhaft aber ist es, daß eine Vorlage der erstgedachten Art nicht an den Landtag gelangen wird. Die Trennung des öffentlichen von dem privaten Wasserrecht unterliegt so erheblichen Bedenken, daß mit aus diesem Grunde das Wasserrecht aus dem Entwurfe des Bürgerlichen Gesetzbuchs fortgelassen ist. Auch die Vorbereitungen für ein einheitliches Wasserrecht für ganz Preußen, welche seit längerer Zeit im Gange sind, umfassen sowohl das öffentliche als das private Wasserrecht. Diese Vorbereitungen sind aber noch keineswegs so weit vorgeschritten, daß die Fertigstellung eines entsprechenden Gesetzentwurfs für die nächste Session in dem Bereich der Möglichkeit läge. Ganz abgesehen davon, daß die Erledigung einer gesetzgeberischen Aufgabe von solchem Umfange und solcher Schwierigkeit, wie das gesammte Wasserrecht sie darstellt, neben der Steuerreform ganz unmöglich erscheint. Die Neuordnung des preußischen Wasserrechts wird daher der nächsten Legislaturperiode vorbehalten bleiben.

Deutsche Kolonial-Gesellschaft für Südwest-Afrika.

In Nr. 435 der „Kreuz-Zeitung" sind unter der Ueberschrift: „**Die deutsche Kolonial-Gesellschaft für Südwest-Afrika**" unsere in Nr. 413 und 426 abgedruckten Berichtigungen in einer Weise besprochen, welche uns aufs neue zur Richtigstellung thatsächlich unbegründeter Angaben veranlaßt.

Zunächst wird in dem angezogenen Artikel wiederholt behauptet, daß unsere Gesellschaft ein Hinderniß für andere Unternehmungen gebildet habe, insbesondere soll dies dem **Karas-Khoma-Syndikat** gegenüber der Fall gewesen sein. Hierbei wird der Umstand, daß dieses Syndikat drei Jahre lang auf Bestätigung seiner Rechte habe warten müssen, mit der Thatsache in ursächlichen Zusammenhang gebracht, daß während dieser Zeit die Kolonialgesellschaft für Südwestafrika „die Bildung einer englischen Kompagnie" betrieben habe. Ein solcher Zusammenhang besteht nicht. Das Gebiet, auf welches sich die Rechte des Karas-Khoma-Syndikats beziehen, liegt östlich vom großen Fischfluß im Lande der **Bondelswarts** und **Veldschuhträger**, während die von Lüderitz auf die Kolonialgesellschaft übergegangenen Rechte nur das westlich vom großen Fischfluß liegende **Bethanische** Gebiet berühren. Da die Kolonialgesellschaft auch nie beabsichtigte, jenseits des großen Fischflusses irgend welchen Besitz zu erwerben, so ist es klar, daß die Rücksicht auf die Rechte und Interessen der Gesellschaft nicht der Grund sein konnte, aus dem sich die Bestätigung der Rechte des Karas-Khoma-Syndikats seitens der Kaiserlichen Regierung verzögerte. In Wirklichkeit lag dieser Grund vielmehr darin, daß die Konzession des Karas-Khoma-Syndikats von einer anderen konkurrirenden **englischen** Gesellschaft, dem Great-Western-Syndikat, bestritten war. Auch mochte es der Regierung sachgemäß erscheinen, zunächst die Beschlußfassung des Kolonialraths über die ihm zur grundsätzlichen Entscheidung vorgelegte Frage der Zulassung ausländischer Gesellschaften zum Geschäftsbetrieb in den deutschen Schutzgebieten abzuwarten.

Ferner wird behauptet, die Kolonialgesellschaft habe auch für andere **deutsche** Gesellschaften einen Hemmschuh gebildet und zwar durch den Druck, welchen sie mit den im Jahre 1885 und später in den Berggesetzen erhaltenen Rechten ausgeübt habe.

Auch diese Behauptung ist irrig. In den Jahren 1885—1887 ist für das südwestafrikanische Schutzgebiet außer der Kolonialgesellschaft überhaupt nur **eine** deutsche Gesellschaft, nämlich die „**Deutsch-Westafrikanische Kompagnie**", gegründet worden. Dieser Kompagnie, welche im Sandwich-Hafen eine Export-Schlächterei errichtete, wurde das dazu nöthige Gelände seitens der Kolonialgesellschaft bereitwilligst überlassen, wie denn das Unternehmen der Kompagnie von uns überhaupt mit Freude begrüßt und nach Möglichkeit gefördert wurde. — Erst der Goldfund der australischen Diggers im Jahre 1887 gab Anlaß zur Bildung weiterer Gesellschaften. Das „**Südwestafrikanische Goldsyndikat**" und die „**Deutsch-Afrikanische Minengesellschaft**" wurden gegründet und sandten bergmännische Expeditionen nach Südwestafrika. Eine solche Expedition wurde ferner von Herrn **v. Lilienthal** ausgerüstet; auch begab sich Herr **Scheidweiler** aus Köln nach dem Schutzgebiet. Irgend einen hemmenden Druck diesen Unternehmungen gegenüber auszuüben, dazu war die Kolonialgesellschaft nicht in der Lage. Sie konnte es nicht, weil die Bergverordnung vom 25. März 1888 genau die Bedingungen vorschrieb, unter welchen die Aufsuchung und Gewinnung von Mineralien im Schutzgebiete gestattet war. Und wenn sie es gekonnt hätte, so würde sie es nicht gethan haben, weil sie selbst, als damalige Inhaberin des Bergregals, das größte Interesse an der Belebung des Bergbaues hatte. Wenn die Arbeiten nach einiger Zeit wieder eingestellt wurden, so geschah dies durchaus nicht deshalb, weil Rechte der Kolonialgesellschaft im Wege gestanden hätten, sondern aus anderen Gründen, zu welchen in erster Linie die im Oktober 1888 durch R. Lewis veranlaßte Auflehnung der Hereros gegen die deutsche Schutzherrschaft gehörte.

Um die weitere Angabe richtig zu stellen, daß die Kolonialgesellschaft mit allen ihren Unternehmungen Schiffbruch gelitten habe und keine Mittel mehr besitze, genügt hinsichtlich des letzteren Punktes die Bemerkung, daß der verfügbare Vermögensbestand der Gesellschaft am 31. August d. J. 256 000 M. betrug. Im übrigen muß daran erinnert werden, daß die deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika zu dem Zwecke gegründet worden ist, den Lüderitzschen Besitz als die Grundlage der deutschen Schutzherrschaft zu erwerben und zu verwalten, um die Fortdauer des deutschen Protektorats in Südwestafrika sicher zu stellen. Dieser Zweck ist vollständig erreicht worden. Zu dem Lüderitzschen Besitz hat die Gesellschaft noch andere Berechtigungen hinzu erworben; sie hat im Jahre 1888 eine Bergbehörde errichtet, dem Reichskommissar eine Polizeitruppe zur Verfügung gestellt und diese beiden Einrichtungen auf ihre Kosten unterhalten, bis sie vom Reich übernommen werden konnten. Daß die Gesellschaft ihren ganzen Besitz selbst bewirthschafte, insbesondere ihre Bergwerksgerechtsame selbst ausübe, war niemals in Aussicht genommen; es würde dazu ein etwa zwanzigmal höheres Aktienkapital nöthig gewesen sein. Vielmehr war die Gesellschaft von vornherein, insbesondere für die Verwerthung ihrer Minen-Konzessionen auf die Heranziehung anderer Unternehmer angewiesen und wenn in dieser Hinsicht bis jetzt keine Erfolge zu verzeichnen sind, so liegt die Schuld nicht an der Gesellschaft, sondern zum größten Theil an der Unsicherheit der Verhältnisse des Schutzgebiets. Die Förderung der Viehzucht hat sich die Gesellschaft dadurch angelegen sein lassen, daß sie einen erfahrenen Landwirth, Herrn E. Hermann, mit dem Auftrage nach Südwestafrika sandte, insbesondere die Wollschafzucht dort einzuführen und zu betreiben. Das Viehzucht-Unternehmen, von welchem die „Kreuzzeitung" sagt, es sei „im Sande verlaufen", befindet sich vielmehr in voller Ausführung. Deutsche Kolonial-Gesellschaft für Südwest-Afrika. **v. Hofmann. F. Cornelius.**

Hierzu nur einige Worte als letzte Aeußerung unsererseits in dieser Sache. Die sämmtlichen Ausführungen der südwestafrikanischen Kolonial-Gesellschaft sind wie immer weit hergeholt, und treffen den Kern der Frage nicht. Wir haben niemals behauptet, daß die Gesellschaft jemand unmittelbar gehindert habe, wohl aber sind wir der Meinung, daß ihr Bestand, ihre alten Rechte und ihr Einfluß auf die Thätigkeit der anderen englischen und deutschen Gesellschaften drückten. Das wird jede derselben bestätigen. Wenn wir das Kharas-Khoma-Syndikat nannten, so geschah das nur der Kürze halber und weil dasselbe jetzt einer Bestätigung seiner Rechte entgegensteht. Woher der jetzige Besitz der Gesellschaft von 256 000 M. kommt (gegen 190 000 M. 1891), versteht man nicht so leicht; ferner ist das auch kein Vermögen, um ein großes Schutzgebiet in die Höhe zu bringen. Die Red. der „Kreuz-Zeitung."

Kirche, Schule und Innere Mission.

K **Breslau**, 21. September. Die Aufführungen des Festspiels „**Gustav Adolf**" von Devrient haben einen Reinertrag von 8288 M. zum Besten des Lutherkirchen-Baufonds ergeben. — Auf Anordnung des Ministers soll hier vom 16. Oktober ab der erste staatliche Kursus zur Ausbildung von **Turnlehrern** eingerichtet werden.

⌗ **Aus dem Fürstenthume Waldeck**, 21. September. In den Fürstenthümern Waldeck-Pyrmont hält der **Lehrermangel** noch immer an. Ein Hauptgrund ist in der schlechten Besoldung zu suchen, infolge dessen in den letzten Jahren eine große Zahl jüngerer Lehrer in die Nachbarprovinzen ausgewandert sind. So sind im Kreise des Eisenbergs nicht weniger als 11 Elementarlehrerstellen, im Kreise der Twiste 4 Stellen, im Kreise der Eder 7 Stellen und im Fürstenthum Pyrmont ebenfalls 7 Stellen unbesetzt. Das giebt im ganzen 29 Stellen, also fast ein Viertel der vorhandenen Elementarlehrerstellen.

Vom „Blauen Kreuz".

Aus Orlamünde. Der alte Siedelhof in Naschhausen, gewöhnlich der „**Edelhof**" genannt, der einst bekanntlich das Eigenthum des Superintendenten Löber und von ihm mit vielen wohlerhaltenen Sprüchen geschmückt, sieht (so schreiben die „Thüringer Nachrichten") an den gegenwärtigen Abenden wieder ein ungewohntes Leben in seinen alten Wänden. Oberstlieutenant v. **Knobelsdorff** ist wieder bei uns eingekehrt, um einige Wochen auszuruhen von seiner mühevollen Thätigkeit als Streiter fürs „Blaue Kreuz" und hat eingewilligt auch in diesem Jahre etliche von seinen schönen Versammlungen zu halten, auf die sich ein Theil unserer Gemeinde stets im voraus freut. Es wird manchen, die es nicht schon erfahren haben, lieb sein zu hören, daß noch zwei solcher Versammlungen, am Mittwoch und Freitag Abends Punkt 7½ Uhr stattfinden sollen. Laßt sie uns nicht versäumen.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung.

ap **Berlin**, 22. September. Vorsteher Dr. Stryck eröffnet die Sitzung um 5½ Uhr. Von Sr. Maj. dem **Kaiser** ist folgendes Antwortschreiben eingegangen:

Die freudige Theilnahme der Berliner Bürgerschaft an Meinem Familienglück hat dem Magistrat und den Stadtverordneten Meiner Haupt- und Residenzstadt Veranlassung gegeben, zu der glücklichen Geburt einer Prinzessin-Tochter Mir und Meinem Hause herzliche Wünsche in der Adresse vom 15. d. M. zum Ausdruck zu bringen. Hocherfreut über dieses erneute Zeichen treuer Anhänglichkeit gebe ich den Vertretern der Berliner Bürgerschaft gern Meinen aufrichtigen Dank zu erkennen.

Marmor-Palais, den 19. September 1892.

gez. **Wilhelm R.**

An den Magistrat und die Stadtverordneten zu Berlin.

Der Ausschuß zur Vorberathung, betreffend die Gewährung eines Patronatsbeitrages zu den Kosten der baulichen Reparaturen an dem Andreas-Kirchengebäude hat sich gebildet und den Stadtv. **Frenzel** zum Vorsitzenden, Stadtv. Dr. Gerstenberg zum Stellvertreter gewählt. Die Vorlage, betreffend die Erwerbung der von dem Grundstücke Lothringerstraße 76 zu dieser Straße freigelegten Parzelle geht auf den Antrag des Stadtv. **Meyer I.** an einen Ausschuß. Die Vorlage, betreffend die erfolgte Besetzung einer Stadtbauinspektor-Stelle bei der städtischen Feuersozietät geht auf den Antrag des Stadtv. **Sello** ebenfalls an einen Ausschuß. Die Vorlage, betreffend eine spezifizirte Kostenberechnung der elektrischen Beleuchtung in dem Krankenhause am Urban wird auf den Antrag des Stadtv. Schwalbe ebenfalls einem Ausschusse überwiesen.

Es soll eine geheime Sitzung folgen, worin in erster Linie die Berichterstattung, betr. die Neuwahlen des ersten Bürgermeisters, eines besoldeten Stadtraths und von acht unbesoldeten Stadträthen Bericht erstattet werden soll. Stadtv. **Singer** stellt den Antrag, diese Gegenstände nicht in geheimer, sondern in öffentlicher Sitzung zu berathen. Die Wahl eines Oberbürgermeisters sei keine Personen-, sondern eine Prinzipienfrage, die Bürgerschaft habe ein Recht darauf, die Stellung kennen zu lernen, welche ihre Vertreter zu dieser Frage einnehmen. Es sei bemerkenswerth, daß das Publikum durch unkontrolirbare Zeitungsberichte beunruhigt werde und deshalb sei es zu wünschen, daß hierüber Klarheit verschafft werde.

Stadtv. Dr. **Langerhans** erwidert, daß der Antrag des Stadtv. **Singer** überhaupt nur in geheimer Sitzung berathen werden könne.

Vorsteher Dr. **Stryck** bestätigt die Ansicht des Vorredners und schließt die öffentliche Sitzung um 6¾ Uhr.

In der nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde äußerem Vernehmen nach der Antrag des Stadtv. **Singer**, den Bericht über die Oberbürgermeisterwahl in öffentlicher Sitzung zu erstatten, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und etwa sechs freisinnige abgelehnt. Nach dem Bericht des Stadtv. **Meyer I.** hat sich der Ausschuß auf die Wahl des Bürgermeisters **Zelle** vereinigt und zwar mit zwölf gegen eine Stimme, nachdem zwei weitere Kandidatenvorschläge, die den Oberbürgermeister **Bender** in Breslau und den Abgeordneten **Schrader** betrafen, zurückgezogen waren. Die Wahl selbst wird am nächsten Donnerstag stattfinden.

Cholera.

Dem Kaiserlichen Gesundheitsamt vom 21. bis 22. September, Mittags, gemeldete Cholera-Erkrankungs- und Todesfälle:

Staat und Bezirk.	Ort.	18./9. erkrankt	18./9. gestorben	19./9. erkrankt	19./9. gestorben	20./9. erkrankt	20./9. gestorben	21./9. erkrankt	21./9. gestorben
Hamburg.	Hamburg.	241	115	206	105	211	100	[illegible]	[illegible]
Preußen.									
Schleswig.	Altona.	20	7	17	8	11	8	8	6
Lüneburg.	Wilhelmsburg.	1	—	—	1	—	1	2	[illegible]
Berlin.	Berlin.	1	—	2	1	5	1	4	3

Vereinzelte Erkrankungen:

Regierungsbezirk **Schleswig**: in der Stadt Wandsbeck und 3 Orten der Kreise Storman und Pinneberg insgesammt 4 Erkrankungen. — Regierungsbezirk **Lüneburg**: in der Stadt Harburg und 2 Orten der Kreise Dannenberg und Winsen a. L. insgesammt 1 Erkrankung und 3 Todesfälle. — Regierungsbezirk **Stettin**: in Ueckermünde und 1 Ort des Kreises Randow je 1 Todesfall. — Regierungsbezirk **Magdeburg**: in 1 Ort des Kreises Jerichow II 2 Todesfälle.

Berliner Zuschauer.

Berlin, 22. September.

Angekommene Fremde. Hotel du Nord: [illegible] aus Grünberg, Tiedemann, Kaufm., aus Bremen. [illegible] — **Hotel Windsor:** v. [illegible], Landrath, aus [illegible] — **Hotel Hohenzollern:** [illegible] — **Hotel Schlösser:** [illegible] — **Kurfürsten-Hotel:** [illegible] — **Hotel Bristol:** [illegible] — **Hotel Kaiserhof:** [illegible] — **Hotel Sanssouci:** [illegible] — **Beyers Hotel:** [illegible] — **Grand Hotel de Rome:** [illegible] — **Hotel Askanischer Hof:** [illegible]

— n **Bei der hiesigen thierärztlichen Hochschule** tritt, wie die „Voss. Ztg." mittheilt, mit Beginn des nächsten Halbjahres Prof. Dr. med. **Osterlag** neu in das Lehrerkollegium ein. [illegible] Bei der hiesigen thierärztlichen Hochschule übernimmt Dr. Osterlag die Leitung der Poliklinik für größere Hausthiere. Ferner wird er Uebungen in der Fleischschau und im Hufbeschlag abhalten.

— m **Mit der Errichtung des Denkmals von Alois Senefelder**, dem Erfinder der Steindruckkunst, ist in diesen Tagen begonnen worden. Der Standort für das Denkmal ist auf der südlichen Spitze des Dreiecks, welches von der Schönhauser Allee, Weißenburger-Straße und Meyer-Straße gegenüber der Brauerei „Pfefferberg" [illegible]

— ch **Eine antisemitische Volksversammlung** [illegible]

[illegible] Tage das erste Mal öffentlich gesprochen. Diese Maßregel, so bemerkt Herr Witte, spricht mehr als alles andere für die Macht des Judenthums. Hoffen wir, daß es anders werde. Unsere heilige Pflicht ist es, dabei mitzuwirken.

— ch **Die Anarchisten** haben gestern Abend mit ihrer ersten öffentlichen Volksversammlung in dem Urania-Saal, Wrangelstraße, [illegible]

[illegible] gekommen. Als ob der Schuster durch das Mandat höheren Verstand bekommen hätte! Nein, aber größeren Dünkel bekommen die Herren. Jeder muß sich anmelden lassen und dann sind sie auch noch nicht zu sprechen. (Stürmischer Widerspruch und Beifall.) Meine Herren, mich bringen Sie durch Ihr Lärmen nicht aus der Fassung. Der Parlamentarismus sei [illegible] nur die Beseitigung der Grundlage des heutigen Systems führe zum Ziel, die Beseitigung des Privateigenthums! Jetzt verbreiten Sie den Sozialismus, wenn Sie den „wahren Jakob" verbreiten! [illegible]

— S **Der Fall Schrader in Johannisthal** [illegible]